

## **Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. zur Kommunalwahl in Odenthal**

Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in der Partei DIE LINKE zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Auch in Odenthal bedarf es einer linken Opposition, die die Probleme in unserer Gemeinde anspricht und alternative Lösungen aufzeigt.

Odenthal hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen und die geringsten Schulden pro Person im Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Gemeinde verlässt sich aber lieber auf die schwarze Null, anstatt Geld für ihre Bürger zu investieren. Dabei gäbe es genug Dinge, in die dringend investiert werden müsste! DIE LINKE. will genau das tun.

**DIE LINKE. ODENTHAL** wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, dass das soziale Umfeld zum Wohle aller! Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut wird. Uns ist aber klar, dass Alles unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Unser Programm ist eine Leitlinie für die zukünftige Arbeit als Partei und Fraktion.

## **Thema: Gegen Hetze, für Antifaschismus**

Die rechte Szene hat sich in den letzten Jahren verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014 waren noch die NPD und die PRO-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Auch die rechtsextreme AfD war bei den letzten Kommunalwahlen im Land erstmals vertreten. In Odenthal hatten diese Parteien glücklicherweise bisher nie eine richtige Chance. Auch bei der kommenden Kommunalwahl tritt keine davon an. Dennoch soll es auch gar nicht so weit kommen. Wir wollen uns mit einer bürgernahen Politik dafür einsetzen, dass unsere Bürger nicht mal darüber nachdenken müssen, nach rechts abzuschweifen.

## **Thema: Kinder und Jugend**

In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfeausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel- und langfristige Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung, über neue Kitas, neue Kitaträgerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u.v.m. Außerdem sind sie Träger von Berufskollegs, welche die händierend gesuchten Erzieher/innen ausbilden, die in ihren gemeindeeigenen Kitas auch Praktikumsplätze im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung anbieten können.

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Gerade für Unter-Drei-Jährige gibt es zu wenig Kitaplätze, der Ausbau stockt, besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.

### **DIE LINKE. ODENTHAL tritt ein für:**

- öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an
- den Ausbau von U3-Plätzen vor allem in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen
- Kitaneubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand
- ausreichend öffentlich-geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft und in Einrichtungen, die der Kommune gehören. Die Trägervielfalt ist zwar zu erhalten, Zugangskriterien müssen aber transparent gemacht werden
- die Einrichtung von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres
- für inklusive Kitas muss die Versorgung mit multiprofessionellen Teams mit Therapeut\*innen langfristig gesichert sein
- eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kindertagesbetreuung
- die Abschaffung von Kitabeiträgen in Odenthal.
- ein ausreichendes Angebot an gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien
- eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen. Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün- und Freiflächen müssen v.a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen
- den Erhalt und Ausbau von Streetwork- und Beratungsangeboten
- den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe
- Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren und -deckeln, insbesondere präventive Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche ausbauen statt kürzen
- zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten

## **Thema: Rechte für Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen vernachlässigt, Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik bedroht. DIE LINKE Odenthal tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in Odenthal entgegen, um gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder und Jugendliche zu erhalten. Wir wollen mehr Freiräume für Jugendliche schaffen.

Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nichtkommerzielle Spiel-, Sport- und Freizeitgelegenheiten. Dennoch fallen solche lebensweltlich orientierten und präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten häufig dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich wohnortnahe kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

### **DIE LINKE. ODENTHAL tritt ein für:**

- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Ortsteilen. Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Jugendzentren) wollen wir stärken. Entsprechende Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung erhalten.
- die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein
- die Nutzung von Sportplätzen unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit. Kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben
- flächendeckende Einführung und Ausbau kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten
- einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen
- das Herabsenken des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie kostenlose Probe- und Versammlungsräume und gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten
- bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan
- kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten
- kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort
- eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen
- die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und Gemeindeverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen

## **Thema: Sport ist Lebensqualität**

Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Fast 30% der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat.

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche

Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen, wie z.B. Odenthal, unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im Sporthaushalt zu kürzen versuchen.

Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung.

### **DIE LINKE. ODENTHAL tritt ein für:**

- bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten
- den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind
- die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport
- die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten und Menschen mit Behinderungen
- transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden
- besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen
- den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen, wo es noch nicht genügend gibt
- kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund
- eine „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt
- die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale)
- die Förderung der Einrichtung und des Erhaltes von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten
- Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten, die sowohl präventiv als auch die gewaltbereite aktive Fanszene begleitend arbeiten, in Kooperation mit den entsprechenden Sportvereinen.

## **Thema: ökologischer und sozialer Wandel**

LINKE Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger\*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein.

### **Die Klima- und Umweltpolitik, die wir LINKE IN ODENTHAL wollen, ist sozialökologisch und anti-kapitalistisch, wir fordern daher:**

- Ressourcensparsamkeit und Recycling-Konzepte
- kommunale Energieautonomie, dezentrale Energieversorgung
- eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden
- eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und den Stand der Zielerreichung

- einen Paradigmenwechsel, weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden kapitalistischen Globalisierung, hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und solidarischen Regionalwirtschaft
- Artenvielfalt in unserer Kommune
- CO<sub>2</sub>-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien
- Hitzeinseln sollen identifiziert und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft werden. Maßnahmen zu Schutz dieser Einrichtungen sollen ergriffen werden
- Bei der Neupflanzung von Bäumen sollen heimische Sorten bevorzugt werden, sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst wären
- erstellen von Hitzeaktionsplänen für Hitzewellen.
- Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün sollen als Lebensraum für wilde Blühpflanzen und Insekten extensiviert werden

## **Thema: Agrarpolitik und regionale Landwirtschaft**

LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu. Ebenso ist es unabdingbar, regionale Agrarbetriebe aus den Fängen der globalen Konzerne zu befreien und die regionale Landwirtschaft zu stärken.

### **DIE LINKE. ODENTHAL fordert:**

- Kommunales Agrarland soll in der Zukunft ökologisch und ohne Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
- Grünland wird derzeit extensiv bewirtschaftet. Dies ist bei Neuverpachtung vertraglich zu vereinbaren. Bestehende Pachtverträge werden in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt, wenn dies rechtlich möglich ist.
- Auf größeren Ackerschlägen werden feste Wild- und Insekten-Schutzstreifen eingerichtet. Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten und Wildschutzraum umgestaltet werden.
- Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der Region.
- Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel an.
- Kommunale Wälder müssen erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah bewirtschaftet werden

## **Thema: Energiepolitik, regenerativ und dezentral**

LINKE Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

### **Wie eine sozialökologische Energiewende für DIE LINKE. ODENTHAL aussieht:**

- sofortiger Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung
- Erschwinglicher Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Nicht nur ist der Zugang zu Strom in bestimmten Situationen lebensnotwendig, ein Leben ohne Strom ist für die meisten Mitglieder unserer Gesellschaft unvorstellbar.
- Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.

- Ziel linker kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherren durch einen städtebaulichen Vertrag zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten wird angestrebt.
- Ein sofortiger Umstieg auf deutlich energieeffizientere LED-Straßenbeleuchtung

### **Thema: Verkehrskonzept in Odenthal**

Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle Menschen und unser Klima schützt.

Die Mobilität, die wir Linke wollen, ist:

- Flexibel
- Ökologisch
- Barrierefrei
- Fahrscheinfrei

Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für alle!

Worauf wir setzen?

- Verkehrsvermeidung
- Kurze Wege
- Energiesparende Verkehrsmittel

Was wir brauchen, sind Mobilitätskonzepte, die:

- intelligent sind
- Ökologisch sind
- Sozial gerecht sind

Was das bringt?

- Weniger Lärm
- Weniger Abgasbelastungen
- Weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

### **DIE LINKE. ODENTHAL fordert:**

- Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen
- Straßenbegleitendes Parken von KFZ minimieren, um diesen Raum für andere Verkehrsteilnehmer zu nutzen
- Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir fordern die Gleichberechtigung in der Praxis, also im Straßenverkehr.
- Wir fordern eindeutig gekennzeichnete und für alle Verkehrsteilnehmer/innen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare Radwege
- Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter fordern wir einen täglichen Räumdienst.
- Für eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte verbunden werden.
- Für eine halbwegs komfortable Busfahrt fordern wir eine vollständige Straßensanierung auf allen bedürftigen Straßen, die Bestandteil einer Busstrecke sind, ohne die Anwohner damit finanziell zu belasten.

## **Thema: ÖPNV**

Mobilität ist ein Recht aller Bürgerinnen und Bürger, das im öffentlichen Personennahverkehr nicht durch Profitorientierung eingeschränkt werden darf.

Eine ökologische Verkehrswende wird durch private Unternehmen behindert. Warum ist das so? Arbeitsrechte und Umweltschutz spielen im Kapitalismus keine Rolle.

### **Wie wir LINKE den ÖPNV attraktiver, leistungs- und aufnahmefähiger machen wollen:**

- Wir fordern den Auf- und Ausbau des öffentlichen Netzes und eine Verstärkung der Taktfrequenzen (in den Städten mindestens alle 7 Minuten).
- Wir fordern, wo möglich, den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen, die vielerorts seit 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen sind.
- Wir fordern ein 365 Euro-Ticket (Hälfte für Empfänger von Sozialleistungen) als Übergang zu kostenfreien Konzepten. Für alle Sozialhilfe-Berechtigten verlangen wir die Einführung eines kreisweit geltenden Monatssozialtickets für maximal 15,- EUR. Für alle Schülerinnen und Schüler ein kostenfreies Schülerticket, das mindestens kreisweit gilt. Langfristig fordern wir einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV
- Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Wir setzen wir auf Wasserstoff- /Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln, Wuppertal und teilweise im RBK eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten ermöglicht und ist vor allem im ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll.
- Da ein Großteil der Pendler\*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir das Umland mit Stadtbahnlinien, einem verstärkten Angebot an Schnellbussen sowie mehr Park&Ride- und Bike&Ride-Plätzen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr anbinden. Dafür brauchen wir auch Shuttlebusse.

## **Thema: Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen bedeutet das Recht auf

- eine gesunde Wohnumwelt
- soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- Teilhabe an der Stadt/Gemeinde

Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Das liegt an Bodenspekulation und einer nicht wirksamen Mietpreisbremse. Beides führt dazu, dass Menschen mit mittlerem, niedrigem und ohne eigenes Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt werden. Das gilt ebenso für soziale oder kulturelle Einrichtungen. Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Gemeindeentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Gesellschaft und sind

eng miteinander verbunden. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen.

### **DIE LINKE. ODENTHAL fordert daher:**

- die Bereitstellung von deutlich mehr Sozialwohnungen als bisher
- eine Quote von mindestens 20 % der Fläche bei allen noch nicht rechtsgültigen und zukünftigen Bebauungsplänen für geförderten Wohnbau.
- eine wirksame Mietpreisbremse. Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an allen Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der letzten Jahre. Unser Ziel: Die Mieter\*innen dürfen nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmietenneutralität)
- die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen von den Kommunen so an die Mietentwicklung angepasst werden, dass Zwangsumzüge vermieden werden. Wohnungen mit Sozialbindung müssen immer als angemessen gelten
- wo ein Bedarf an zusätzlichen Wohnungen besteht, müssen die kommunalen Wohnungsunternehmen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen
- In NRW waren 2018 mehr als 44.400 Menschen wohnungslos. Die Linke Odenthal fordert eine Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose sowie ein effektives Programm wie „housing first“ in Odenthal
- Die Gemeindeverwaltung muss ein Baulückenkataster einführen, um Baulücken für Sozialwohnungen zu nutzen, anstatt unwillkürlichen Flächenfraß zu fördern
- das Land muss aufgefordert werden, die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den Sachverständigen der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags vorgeschlagen – zu einer Pflichtaufgabe nach Weisung zu machen. Die Kommunen müssen bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützen werden.
- Odenthal darf Bauland nicht mehr privatisieren. Es muss vor allem kommunalen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung stehen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise in diesen Fällen zu begrenzen
- private Investoren müssen durch das Konzept „sozialgerechte Bodennutzung“ unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen verpflichtet werden